

Für ein Europa der Bürgerinnen und Bürger

Angela Klein ist Sprecherin der Europäischen Märsche gegen Erwerbslosigkeit, ungeschützte Beschäftigung und Ausgrenzung

DIE ZEIT: Europa ist in den letzten Monaten zu einem leidenschaftlichen Diskussionsthema geworden, von der früheren Gleichgültigkeit ist kaum noch etwas zu spüren. Auf mehreren Mai-Demos soll das „soziale Europa“ und der Europäische Vertrag ein prominentes Thema werden. Was ist geschehen?

ANGELA KLEIN: Im vergangenen Oktober stimmten die Iren ein zweites Mal gegen den Lissabonvertrag. Und ein Urteil des deutschen Bundesverfassungsgerichts hatte im Frühjahr 2009 befunden, dass der Lissabon-Vertrag an mehreren Stellen das Grundgesetz in Frage stellt. Deshalb hatte es eine Volksabstimmung angeregt, gegen die sich die Regierenden lange mit Händen und Füßen gewehrt hatten. Das Vertragswerk wurde im März 2010 mit knapper Mehrheit abgelehnt.

DZ: Das war für Sie aber nur ein Etappenziel. Sie machen sich gemeinsam mit vielen Bündnispartnern für ein europaweites Referendum und einen ganz neuen Vertragsprozess stark...

AK: Ja, wir fordern Wahlen zu einem neuen Konvent, der einen neuen Vertrag aushandeln soll. Dafür haben wir eine Petition an den Bundestag verfasst, für die derzeit Unterschriften gesammelt werden. Das bleibt keine deutsche Initiative; in Frankreich wird bereits mit dem Aufbau einer Kampagne für ein europaweites Referendum und für einen neuen Konvent begonnen.

Darin sollen diesmal nicht nur Parteien, sondern auch soziale Bewegungen vertreten sein. Auch die Länder Osteuropas, Kleinasien und Nordafrikas, die bislang nur Kooperationsverträge hatten, sollen sich an den Arbeiten beteiligen.

Die Finanz- und Wirtschaftskrise hat den Stabilitätspakt über den Haufen geworfen. Jetzt hat eine intensive öffentliche Auseinandersetzung darüber begonnen, auf welche Grundlagen

Ein neuer Konvent soll das Fundament eines sozialen, ökologischen und friedlichen Europas legen. Ein Gespräch **MIT ANGELA KLEIN.**



das Zusammenleben der Völker in Europa gestellt werden soll. Die meisten Menschen erteilen einer nationalen Abschottung eine Absage.

DZ: Sie arbeiten mit in der Plattform „Für ein anderes Europa demokratisch, sozial, ökologisch und internationalistisch“, die Grundsätze für ein anderes Europa vorgestellt hat. Was sind Ihre wichtigsten Forderungen?

AK: Dazu gehört in erster Linie, dass die Festungsmauern, mit denen die EU sich umgeben hat, geschleift werden. Europa soll ein offener Kontinent werden, der mit den Ländern des Südens solidarische Beziehungen unterhält.

Für alle Personen soll es endlich einen uneingeschränkten freien Verkehr und ein Niederlassungsrecht geben; das Schengener Abkommen wird abge-

schaft. Unsere Forderungen finden immer mehr Fürsprecher aus den Reihen der Kirchen und der Intellektuellen.

DZ: Einige Parteien und Teile des Deutschen Richterbunds fordern, dass das Europäische Parlament alle Rechte und Befugnisse erhält, die auch ein Nationalparlament hat. Gehört das auch zu Ihren Anliegen?

AK: Unbedingt. Es geht vor allem um das Recht der Gesetzesinitiative und das Haushaltsrecht. Die Kommission soll zu einem rein ausführenden Organ degradiert werden.

DZ: Und nun erleben Sie plötzlich ein großes Interesse an der Diskussion und Ihrer Forderung nach einem neuen Konvent...

AK: Das ist wirklich beeindruckend. Die Friedensbewegung konnte mit ihrer Kritik an der im Lissabon-Vertrag festgelegten Verpflichtung der Mitgliedstaaten zur Aufrüstung und zur „Lastenteilung“ mit der Nato in den neuen kolonialen Kriegen erstmals seit Jahren wieder große Ostermärsche auf die Beine stellen. Selbst in den Gewerkschaften ist das traditionell unkritische „Ja“ zu den EU-Institutionen aufgebrochen. Die Urteile des Europäischen Gerichtshofes 2008, dass nationale Tarifverträge für Arbeitskräfte aus dem EU-Ausland nicht verbindlich sind, haben die Gewerkschaften empfindlich getroffen. Positionen, die ein politisches Streikrecht auf europäischer Ebene und die Befähigung zu europaweiten Arbeitskämpfen und Tarifabschlüssen fordern, haben jetzt Auftrieb. Linke Gewerkschaften innerhalb und außerhalb des Europäischen Gewerkschaftsbundes haben einen Fahrplan für eine europaweit koordinierte Kampagne gegen die Abwälzung der Krisenlasten auf die arbeitende Bevölkerung aufgestellt. Sie haben ihre Forderung nach einer Senkung der gesetzlichen Höchstarbeitszeit in Europa auf 35 Stunden pro Woche und einem europäischen Mindestlohn überall in die Mai-Demos eingebracht. In allen sozialen Fragen soll es eine Angleichung der Standards nach oben geben.

DZ: Vielen Dank für dieses Gespräch!

☞ Mehr zu den europäischen Märschen unter www.euromarches.org/

Opel - Fit für die Zukunft



Nachdem unser Mutterkonzern General Motors (GM) im vergangenen Sommer Konkurs ging, haben wir als Belegschaft alle deutschen Opel-Werke für einen Dollar übernommen. In einem demokratischen Prozess haben wir uns auf neue Unternehmensziele verständigt:

- Erhalt und Ausbau von Arbeitsplätzen
- Abbau von innerbetrieblichen Hierarchien
- Angemessene Gehälter und Gewinnbeteiligung für alle MitarbeiterInnen
- Faire Preise und Bedingungen für alle Zulieferbetriebe
- Umweltverträgliche und zukunftsfähige Produkte
- Unterstützung für unsere Partnerfirmen in Ländern des Südens bei Entwicklung und Bau sinnvoller Mobilitätskonzepte und -produkte

Darüber wachen nun auch Jugend-, Umwelt- und Verbraucherverbände, die in unserem Aufsichtsrat ebenso stimmberechtigt sind wie internationale NGOs als VertreterInnen der Länder des Südens. Wir stellen unsere gesamte Produktion konsequent auf zukunftsfähige Fahrzeuge um: Zum Beispiel auf das aus umweltfreundlichen und recycelbaren Werkstoffen gebaute 1,5-Liter-Familienauto ‚Opel EFiX‘ oder besonders energieeffiziente Nahverkehrs-Triebwagen.

Fit für die Zukunft!
Ihr Opel-Team



Fortsetzung von Seite 1

Zeit der Abrechnung

VON HARALD SCHUMANN

Fortsetzung von Seite 1

Parallel dazu hatte die neue konservative Regierung in London unter dem Druck anhaltender sozialer Proteste bei den lokalen Regierungen der Inseln Guernsey, Jersey und Isle of Man die Einführung der britischen Steuergesetze durchgesetzt. Auch die Steuerfreiheit für die in London ansässigen ausländischen Superreichen wurde aufgehoben. Der daraufhin massiv betriebenen Kapitalverlagerung nach Singapur, Hongkong und die Bermudas sollen die nun gefassten Beschlüsse einen Riegel vorschieben. Vom Ende der organisierten Steuerflucht erwarten die G20-Staaten Mehreinnahmen in Höhe von mindestens 300 Milliarden Dollar jährlich.

Mehr als drei Mal soviel erhoffen sich die Regierungen durch die einmalig zu erhebende Vermögensabgabe. Dagegen hatte sich bis zuletzt vor allem die Bundesregierung gestraubt. Erst nachdem sowohl der chinesische Premier Wen Jiabao als auch US-Präsident Barack Obama intervenierten, hatte die deutsche Seite nachgegeben. Hintergrund der ungewöhnlichen Allianz ist die dramatische Lage der amerikanischen Staatsfinanzen. Mit

einem Haushaltsdefizit in Höhe von mehr als drei Billionen Dollar im vergangenen und laufenden Haushaltsjahr, wird es für die US-Regierung zusehends schwieriger, das dafür benötigte Geld auf den Kapitalmärkten aufzunehmen. Damit einher geht die Furcht vor einer Inflationierung des Dollar. Würde es aber zu einer Flucht aus Dollaranlagen kommen, käme über kurz oder lang das globale Zahlungssystem und damit der gesamte Welthandel zum Stillstand. Gleichzeitig würden China und viele weitere Schwellenstaaten einen großen Teil ihrer Devisenreserven verlieren. So lehre der drohende Staatsbankrott die Regierungen, „was eigentlich schon lange klar war“, kommentierte der Wirtschaftsnobelpreisträger Joseph Stiglitz die Beschlüsse von Brasilia. Die extrem ungleiche Verteilung von Vermögen und Einkommen – ein Prozent der Weltbevölkerung besitzt fast die Hälfte des globalen Anlagevermögens – sei selbst eine der wesentlichen Ursachen für die Aufblähung der Finanzindustrie gewesen. Nun sei auch für diese Gewinner der falschen Globalisierung „der Tag der Abrechnung gekommen.“